

Gedenken in Hannover: Vor der AfD warnen, Demokratie verteidigen!

Gedenkfeier in Hannover zum 80. Jahrestag der Auschwitz-Befreiung: Demokratie verteidigen, Antisemitismus bekämpfen.



Hannover, Deutschland - Am 25. Januar 2025 fand in Hannover eine Gedenkfeier anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz statt. Die Veranstaltung wurde von einem breiten Publikum besucht und zeichnete sich durch bewegende Beiträge aus. Der Kantor Andrej Sitnov sang das traditionelle Totengebet „El Male Rachamim“, das die Ernsthaftigkeit der Gedenkfeier unterstrich.

Michael Fürst, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, äußerte in seiner Ansprache Besorgnis über das Erstarken der AfD und betonte die Notwendigkeit, die Demokratie zu verteidigen. Er warnte vor Rechtsradikalismus und Rassismus in der heutigen Gesellschaft. Auch Landtagspräsidentin Hanna Naber und

Oberbürgermeister Belit Onay hob den zunehmenden Antisemitismus hervor, den Onay als weit verbreitet in Deutschland bezeichnete. Er rief dazu auf, dem Judenhass entschieden entgegenzutreten.

Weitere Gedenkveranstaltungen angekündigt

Im Rahmen der Gedenkaktivitäten in Hannover wurden zusätzliche Veranstaltungen für den 27. Januar angekündigt. Diese umfassen eine öffentliche Gedenkveranstaltung in der Justus-von-Liebig-Schule um 12 Uhr, einen Gedenkgottesdienst am früheren KZ-Gelände in Ahlem um 15 Uhr sowie eine Lesung von Philipp Peyman Engel um 18 Uhr im Hanns-Lilje-Forum, gefolgt von einer Podiumsdiskussion. Kultusministerin Julia Willie Hamburg forderte zudem ein konsequentes Vorgehen gegen Antisemitismus.

In einem anderen Zusammenhang hat AfD-Fraktionsvize Hans-Thomas Tillschneider hingegen Veranstaltungen, die sich mit dem Nationalsozialismus und Holocaust-Überlebenden befassen, kritisiert. Diese Veranstaltungen der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt, die anlässlich des 80. Jahrestags der Befreiung von Auschwitz-Birkenau stattfinden, beinhalten unter anderem Gespräche mit der 87-jährigen Holocaust-Überlebenden Edith Erbrich und eine Kranzniederlegung in einer Gedenkstätte. Tillschneider äußerte, die Landeszentrale habe keine „erhaltenswerte Substanz“ für eine Reform.

Die Landeszentrale für politische Bildung wies diese Kritik zurück und erklärte, dass nur etwa 15% ihrer Veranstaltungen sich mit dem Nationalsozialismus befassen. Die Häufung dieser Veranstaltungen sei auf den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus zurückzuführen, während die AfD vorschlägt, ein „Landesinstitut für staatspolitische Bildung und kulturelle Identität“ zu gründen.

Diese kontroversen Äußerungen von Tillschneider fanden nicht

nur in der Politik, sondern auch in der Öffentlichkeit großen Widerhall. Der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Kai Langer, wandte sich gegen dessen Angriff auf die Erinnerungskultur und stellte die Bedeutung der Gedenkstättenarbeit heraus. Auch das Internationale Auschwitz Komitee kritisierte Tillschneider für seine Haltung zur Erinnerungskultur.

Details	
Vorfall	Rassismus
Ort	Hannover, Deutschland
Quellen	• www.haz.de • www.welt.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de